

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/91

Bonn, den 13. Mai 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1

Endlich !

45

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen
zwischen Israel und der Bundesrepublik

2 - 3

Zugeständnisse auf beiden Seiten

96

Zum Streit um das Konkordat in Niedersachsen

4

Alte Führung mit neuem Partner

27

Zur Regierungsumbildung in Hannover

4

Panzer und Kanonen für die Türkei

22

Ob das der Bundeskanzler weiß ?

5

Verschwörung in Bulgarien ?

43

Partei- und Regierungschef Schiwkoff hält das Heft fest in der Hand

Von Dr. Harry Schleicher, Belgrad

+ + +

Endlich !

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen
zwischen Israel und der Bundesrepublik

sp - Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland war schon lange fällig. Das deutsche Volk hat alle Ursache, diese endlich zustande gekommene Normalisierung der Beziehungen zum Staat Israel zu begrüßen, sind doch die psychologischen und tatsächlichen Belastungen aus der Vergangenheit eine Hypothek, die abzutragen schon zu einem früheren Zeitpunkt notwendig gewesen wäre.

Es soll in dieser Stunde, da sich die Regierungen beider Länder anschicken, die unter freien Völkern üblichen Bindungen und Verbindungen auch staatsrechtlich in aller Form zu bestätigen, jedoch nicht verschwiegen werden, daß die Sozialdemokratie den allzu späten Vollzug der längst fälligen Aufnahme diplomatischer Beziehungen bedauert. Seit vielen Jahren hat die Deutsche Sozialdemokratie die von der CDU/CSU geführte Bundesregierung stets daran erinnert, wie notwendig ein solcher Schritt sei. Mehrere Parteitagebeschlüsse der SPD und zahlreiche Interventionen sozialdemokratischer Politiker zeugen von dieser Auffassung.

Es soll auch nicht verschwiegen werden, daß die Unklarheit und mitunter sogar bemerkenswerte Einseitigkeit gewisser Verbindungen der Bundesregierung zu mehreren arabischen Staaten einen Unsicherheitsfaktor entstehen ließen, dessen Beseitigung in den zurückliegenden Jahren immer schwieriger wurde und zuletzt sogar zur Auslösung der Krise in der deutschen Nahost-Politik führte. Zahllose Komplikationen zwischen der Bundesrepublik, den arabischen Staaten und Israel hätten ohne Zweifel vermieden werden können, wenn sich die Bundesregierung zu einem wesentlich früheren Zeitpunkt für die Schaffung klarer Verhältnisse im Nahost-Raum entschieden hätte.

Wenn heute in einigen arabischen Staaten die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Tel Aviv als "feindseliger Akt" betrachtet wird und wenn man gar "Konsequenzen" zu ziehen gedenkt, dann muß daran erinnert werden, daß kein arabischer Staat bisher protestiert hat, als 87 andere Staaten mit Israel diplomatische Beziehungen aufgenommen und dadurch den Staat Israel offiziell anerkannt haben.

Die Bundesregierung hat nach Klärung der Verhältnisse die Pflicht, alle Unterstellungen arabischer Staaten würdevoll zurückzuweisen und diese darauf aufmerksam zu machen, daß sie als die Regierung eines freien Staates in ihren Entscheidungen souverän ist. Es ist notwendig und liegt sicher auch im Interesse dieser arabischen Staaten, daß sie in ihren Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland die gleichen Prinzipien gelten lassen, die sie für sich selbst als Selbstverständlichkeit betrachten.

Wie in der Vergangenheit wird die Deutsche Sozialdemokratie auch weiterhin ihre internationalen Beziehungen und Erfahrungen in den Dienst der friedlichen und freundschaftlichen Entwicklung des Verhältnisses sowohl zu den arabischen Staaten als auch zu Israel stellen.

Zugeständnisse auf beiden Seiten

Zum Streit um das Konkordat in Niedersachsen

sp - Wenn die Bemühungen zur Sachlichkeit und zum Verständnis des Partners, die in Niedersachsen zur Unterzeichnung eines Konkordates führten, auch in einigen anderen Ländern der Bundesrepublik Schule machen sollten, dann könnte diese Einigung vieles in Bewegung bringen.

Wie bei jeder Vereinbarung haben beide Teile, Staat und Kirche, Kompromisse gemacht, die sich vorwiegend auf die Schule beziehen. Die Konkordatsverhandlungen hätten, nach einer Erklärung von Ministerpräsident Diederichs, jeder Seite eine Selbstprüfung auferlegt, was für sie wesentlich und unaufgebar und was nur Voreingenommenheit, Perfektionismus, Irrtum und Verhärtung sei. Auch die katholischen Bischöfe in Niedersachsen haben in ihrer Erklärung zum Abschluß des Konkordates darauf hingewiesen, daß in einem solchen Vertragswerk nicht alle Wünsche zur Erfüllung kommen können. Auch sie erkennen an, daß das Konkordat aus dem Geist des Verstehens und aus dem Bemühen um eine friedliche Zusammenarbeit geboren sei.

Leider ist hinter dem Auslegungstreit, der nicht durch die Vertragspartner, sondern durch ein Gutachten des niedersächsischen Lehrerverbandes entfacht wurde, der eigentliche Inhalt des Konkordates und der Schulgesetznovelle mehr und mehr zurückgetreten. Dieser Inhalt kann nur verstanden werden, wenn man von der Ausgangslage ausgeht.

Gemeinschaftsschule bleibt Regelschule

Durch das niedersächsische Schulgesetz aus dem Jahre 1954 wurde die Gemeinschaftsschule, mit Ausnahme von Oldenburg, zur Regelschule. Wo im Bereich eines Schulträgers nur eine Schule bestand, so bestimmte es dieses Gesetz, wurde sie zu einer Gemeinschaftsschule erklärt. Im Gesetzestext wird sie als "Volksschule für Schüler aller Bekenntnisse" bezeichnet. Konfessionsschulen konnten auf Antrag von 120 Erziehungsberechtigten in Orten bis zu 5 000 Einwohnern und von 240 Erziehungsberechtigten in größeren Orten errichtet werden. Einschränkung wurde noch festgelegt, daß die zu errichtende Schule in ihrem Ausbau nicht wesentlich hinter einem der Größe des Schulträgers angemessenen Schulsystem zurücktreten dürfe und daß der Bestand von Gemeinschaftsschulen im Bereich des Schulträgers nicht in Frage gestellt werde. Durch die Vereinbarung, die aus dem Konkordat und der Schulgesetzänderung besteht, wurde nun die Errichtung von Konfessionsschulen erleichtert. Auf der anderen Seite erkannte jedoch die katholische Kirche den Vorrang der Gemeinschaftsschule an. Die katholische Zeitung "Das Wort" schrieb dazu am 7. März 1965: "Die Zusage des Landes für die Erleichterung bei der Errichtung von Konfessionsschulen und für die Rücksichtnahme auf den konfessionellen Charakter von Schulen im Zusammenhang mit der Bildung von Mittelpunktschulen machte es möglich, ohne einen Verstoß gegen die Grundsätze des Elternrechts der niedersächsischen Schulwirklichkeit Rechnung zu tragen. Nachdem sich die evangelischen Landeskirchen - mit Ausnahme Oldenburgs - mit der Gemeinschaftsschule identifiziert hatten, entsprach es weiterhin ökumenischer Gesinnung, das Gefüge der Gemeinschaftsschulen durch die Errichtung von Bekenntnisschulen nicht grundlegend zu verändern. So kennzeichnet gegenseitige

Rücksichtnahme und ein Blick in die Zukunft die Abmachungen..."

Die neuen Regelungen

Die Erleichterungen bestehen darin, daß für Orte von 5 000 bis 7 000 Einwohnern die Zahl der Antragsberechtigten auf 180 herabgesetzt und daß die Bildung von überregionalen Konfessionsschulen "in zumutbarer Entfernung" ermöglicht wurde. Dazu kommen bestimmte Regeln, die bei der Zusammenlegung von schlecht gegliederten Schulen zu beachten sind. So werden grundsätzlich nur Schulen des gleichen Bekenntnisses oder Bekenntnisschulen mit Gemeinschaftsschulen, die von über 80 Prozent Schülern des gleichen Bekenntnisses besucht werden, zu Mittelpunktschulen zusammengelegt. Die Novelle zum Schulgesetz gibt jedoch auch die Möglichkeit, kleine Konfessionsschulen und nicht ausgebaute Gemeinschaftsschulen mit allen anderen Schulen zu vereinigen, wo eine andere Regelung, die zu einer voll ausgebauten Schule führt, nicht möglich ist. Diese Regelung wird durch die besonderen Verhältnisse in Niedersachsen erleichtert, wo die bekenntnismäßige Vermischung weit geringer ist als z.B. in Bayern. Die Vereinbarung wird daher die letzten Hemmnisse für die bereits weit fortgeschrittene Zentralisierung des Volksschulwesens beiseite räumen.

Wie werden die Lehrstellen besetzt ?

Bei den Protesten des niedersächsischen Lehrerverbandes spielt die im Konkordat enthaltene Zusicherung eine große Rolle, daß die Zahl der katholischen Lehrer grundsätzlich dem Anteil der katholischen Schüler entsprechen soll. Eine ähnliche Garantie wurde den evangelischen Kirchen zugesichert. Diese Bestimmung ist aber nicht neu, denn sie ist bereits im Paragraphen 7 des Schulgesetzes von 1954 enthalten. Danach richtet sich die Besetzung der Lehrstellen an öffentlichen Volksschulen nach der bekenntnismäßigen Zusammensetzung der Schülerschaft. Diese Bestimmung, die für alle Schulen gilt, bleibt unverändert. In Konfessionsschulen, die in Niedersachsen zum Unterschied von Bayern nur von Kindern des gleichen Bekenntnisses besucht werden, unterrichten also nur Lehrer des betreffenden Bekenntnisses. In Gemeinschaftsschulen und in Mittelpunktschulen, die aus der Zusammenlegung von Konfessionsschulen und von anderen Schulen gebildet werden, erfolgt die Besetzung der Lehrstellen nach der bekenntnismäßigen Zusammensetzung der Schüler.

Das von einer sozialdemokratisch geführten Regierung abgeschlossene Konkordat - die Einigung wurde übrigens von dem SPD-Vorsitzenden ausdrücklich begrüßt - hat auch zu Angriffen gegen die SPD geführt. So heißt es z.B. in einer Erklärung, die nach einer gemeinsamen Tagung der Landesvorstände der Jungdemokraten aus Bayern und Baden-Württemberg veröffentlicht wurde, daß die Jungdemokraten "aufs schärfste die grundsatzlose und opportunistische Haltung der SPD in der Frage" verurteilten. Es bestehe die Gefahr, wo wurde weiter behauptet, daß das niedersächsische Konkordat als Beispiel für andere Bundesländer dienen und dadurch der ganzen Kulturpolitik der Bundesrepublik eine verhängnisvolle Richtung geben könnte. Angesehen davon, daß die Jungdemokraten weder den Text des niedersächsischen noch z.B. des bayerischen Konkordates gelesen haben dürften, läßt diese Äußerung darauf schließen, wie weit sie sich von einem liberalen Geist entfernt haben. Das Eintreten für die Gemeinschaftsschule, die nach wie vor von der SPD als die bessere Schulform betrachtet wird, bedeutet doch nicht, daß Konfessionsschulen überhaupt nicht geduldet werden sollen.

Alte Führung mit neuem Partner

Zur Regierungsumbildung in Hannover

sp - Die Regierungsumbildung in Niedersachsen ist so gut wie abgeschlossen, schon am 19. Mai wird die Regierungserklärung vor dem Landtag erfolgen. Seit vielen Jahren gibt es wieder zum ersten Male in einem Bundesland, in Niedersachsen, die große Koalition zwischen Christdemokraten und Sozialdemokraten. Die FDP wurde auf die Bänke der Opposition verwiesen, dies durch eigene Schuld und Doppelzüngigkeit. Der Versuch, sowohl die Früchte der Regierung zu ernten als auch den Lohn der Opposition einzuheimsen, ging gründlich daneben. Ministerpräsident Diederich gleicht eben nicht Bundeskanzler Erhard. Er ließ sich diese Doppelrolle des früheren Partners nicht gefallen. Der Anstoß zur Auflösung der SPD/FDP-Koalition kam übrigens von außen, vom Bundesvorstand der FDP. Die niedersächsische FDP selbst und deren Kultusminister hatten nichts gegen die Konkordatsverhandlungen, den Stein des Anstoßes, einzuwenden. Sie fügten sich höherem Druck. Auch die Partei des Herrn Franz Josef Strauß versuchte sich zum Zensor aufzuspielen. Ihr, die so sehr das föderalistische Prinzip betont, paßt es nicht, daß in einem Bundeslande SPD und CDU zusammenfänden. Hätte die niedersächsische CDU den Rat des Herrn Strauß befolgt, wäre der Abschluß des Konkordats gefährdet gewesen. Aber dies scheint den umstrittenen Chef der CSU nicht in geringster Weise zu genieren. Welche Haltung eines Mannes, der sich sooft als betont "christlicher" Politiker bezeichnet. Dem Konkordat ist nun eine breite Mehrheit sicher, der Konfessionsfrieden bleibt gewahrt, der kulturpolitische Fortschritt gesichert. Auch andere Aufgaben wie die der Raumordnung, können nun durch die neue Regierung, gestützt auf eine solide Mehrheit, unter der alten und bewährten Führung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Diederichs zügiger und straffer angepackt werden.

Panzer und Kanonen für die Türkei

sp - Zur Zeit befindet sich wieder einmal eine Delegation des Bonner Verteidigungsministeriums in Ankara, um dort über neue Waffenlieferungen der Bundesrepublik an die Türkei zu verhandeln. Man spricht von etwa 100 Millionen DM, um die es dabei geht. Vor Jahresfrist ging es um Waffenlieferungen an die Türkei in Höhe von etwa 50 Millionen DM. Kurz darauf - wie sollte es anders sein? - meldete auch Griechenland seine Wünsche an und erhielt ebenfalls Waffen im Werte von 50 Millionen DM. Nun geht es zwar bei den Adressaten dieser Waffenlieferungen um befreundete Staaten, um NATO-Partner. Aber jedermann weiß, daß Griechenland und die Türkei wegen des noch immer bestehenden Zypernkonfliktes ihre Armeen in Bereitschaft halten und schon mehrmals drauf und dran waren, den schwelenden Zypernstreit in einen offenen Waffengang zwischen der Türkei und Griechenland zu verwandeln. Es fragt sich, ob Bonn gut beraten ist, wenn es sich ausgerechnet als Waffenlieferant für zwei verbündete und befreundete Staaten betätigt. Wie es heißt, hat man während der NATO-Konferenz in London die Meinung vertreten, man solle nicht durch Waffenlieferungen die Konfliktmöglichkeiten verschärfen. Vielleicht weiß das der Bundeskanzler noch nicht. Nachdem wir ihn darauf aufmerksam gemacht haben, könnte er doch die Verhandlungsdelegation des Verteidigungsministeriums zunächst einmal aus Ankara zurückrufen. Wir müssen ja nicht unbedingt immer dort mit Panzern und Kanonen zur Stelle sein, wo neue Konfliktmöglichkeiten gegeben sind.

Verschwörung in Bulgarien ?

Partei- und Regierungschef Schiwkoff hält das Heft fest in der Hand

Von Dr. Harry Schleicher, Belgrad

Die politische Atmosphäre in der bulgarischen Hauptstadt Sofia erinnert in diesen Tagen keineswegs mehr an die Vorgänge, die dem Land unlängst die Spalten in der Weltpresse sicherten. Obwohl das Thema des aufgedeckten Putschversuches nach wie vor im Mittelpunkt der Erörterungen steht, stimmen doch fast alle Aussagen weitgehend darin überein, daß die Verschwörergruppe bedeutend kleiner gewesen ist als in Ermangelung präziser Informationen im Westen lange Zeit gemeinhin angenommen worden war. Viele der namhaften Personen, die als angeblich verhaftet oder tot gemeldet worden waren, wie zum Beispiel der stellvertretende Verteidigungsminister Fransky, der stellvertretende Postminister Makarsky und der Parteisekretär des Bezirkes Mihajloffgrad, Penko Krstoff, sind inzwischen wiederholt in der Öffentlichkeit erschienen oder haben auf andere Weise ihre unterstellte Komplizenschaft an dem geplanten Unternehmen indirekt dementiert.

Als sicher gilt also nach wie vor nur, daß die Absetzung der moskautreuen Gruppe um Partei- und Regierungschef Todor Schiwkoff mit Hilfe eines Teils der bulgarischen Armee erfolgen sollte. Aber eben dies erschwert es ungemein, die politischen Absichten der Verschwörer genau zu bestimmen. Einerseits wird westlichen Gesprächspartnern von bulgarischer Seite der Eindruck zu vermitteln versucht, die Verschwörer hätten einen prochinesischen Putsch beabsichtigt. Andererseits gibt es nicht wenige Bulgaren, die Todoroff-Goranja und General Aneff, zwei der drei zentralen Persönlichkeiten der Konspiration, infolge ihrer Partisanenvergangenheit und der Berührung mit Titos Einheiten im Zweiten Weltkrieg eher projugoslawische Motive unterstellen.

So sehr sich diese beiden Tendenzen, sollten sie wirklich in dieser ausgeprägten Form bestanden haben, letztlich in der gemeinsamen Zielsetzung einer größeren Selbständigkeit von Moskau zusammenfinden konnten, wird eine damit parallel gehende Ansicht über eine proliberale politische Einstellung der ehemaligen bulgarischen Partisanen durch eine verbreitete Überlegung gemindert. Diese alternde Gruppe, so wird einem vielfach versichert, blicke recht vorurteilsvoll auf die nachdrängende jüngere Generation, die sich zwar nicht mehr durch illegalen Kampf für die kommunistische Bewegung verdient gemacht hat, heute aber trotzdem auf der Grundlage ihrer größeren fachlichen Qualifikationen nach einem aktiveren Anteil an der Lösung der Gegenwartsprobleme verlangt.

Aber gleichgültig, wer in Bulgarien auch immer an den Schalthebeln der Macht ist, er wird sich mit dem Problem der nicht mehr durch den Krieg und das revolutionäre Mythos geprägten sachlicheren jüngeren Menschen zu beschäftigen und es zu lösen haben, die die Gegenwart immer mehr nach den praktischen Ergebnissen und nicht theoretischen Prinzipien zu beurteilen beginnen.